

## Informationsdienst des CGB

## INTERN

Ausgabe Februar 2014

### Der Bundesvorsitzende hat das Wort

#### Rente mit 63 – Keine neuen Gerechtigkeitslücken aufreißen!

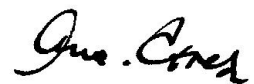
Nach wie vor wird in unserem Land die geplante Regelung zur Rente mit 63 hin und her diskutiert. Der Schaden für die deutsche Wirtschaft, den Staatshaushalt und die Sozialversicherungsträger wird in den blumigsten Farben geschildert. Diese Diskussion um das Für und Wider der „Rente mit 63“ muss endlich ein Ende haben. Es müssen vielmehr schnellstmöglich klare Regelungen für die Umsetzung erarbeitet werden. Hier fehlt es noch an wesentlichen Weichenstellungen.

Da nach dem Koalitionsvertrag langjährig Versicherte, die auf 45 Beitragsjahre verweisen können, ab dem 1. Juli 2014 mit dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können, ist es höchste Zeit, hierfür die erforderlichen Kriterien festzulegen, da sonst die Umsetzung bereits am Zeitplan scheitert.

Völlig unklar ist immer noch, ob die gesetzliche Regelung auf 45 „Arbeitsjahre“ hinauslaufen wird, oder auf 45 „Beitragsjahre“, wie die Arbeitsministerin Andrea Nahles es sieht. In diesem Fall würden Zeiten der Arbeitslosigkeit unbegrenzt mit berücksichtigt. Hier gilt es einen Ausgleich zu finden. Zwar kann es eine zeitlich unbegrenzte Anrechnung von „Beitragsjahren“ während der Arbeitslosigkeit nicht geben, da dies eine unzumutbare Benachteiligung derer bedeuten würde, die tatsächlich in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Dennoch muss aber ein Modus gefunden werden, mit dem auch Jahre der Arbeitslosigkeit angemessen berücksichtigt werden können. So könnte etwa ein Prozentsatz festgelegt werden, mit dem Arbeitslosenzeiten als Beitragszeiten berücksichtigt werden.

Ebenso muss ausgeschlossen werden, dass bei der Neuregelung des Renteneintrittsalters Frauen benachteiligt würden. Nach der Formulierung in der Koalitionsvereinbarung erfüllt jeder zweite männliche Neurentner im Alter von 63 bis 65 Jahren die Voraussetzungen für die abschlagsfreie Frühverrentung, aber angesichts von Pausen in der Kindererziehung und in der Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen nur jede siebte Frau. Nachdem mit der Einführung der neuen Mütterrente eine Gerechtigkeitslücke geschlossen wurde, darf nun keine neue aufgerissen werden. Auch hier muss ein Weg gefunden werden, diese Zeiten angemessen als Rentenanwartschaft zu bewerten.

Matthäus Strebl  
CGB-Bundesvorsitzender

A handwritten signature in black ink that reads 'Matthäus Strebl'.

Matthäus Strebl  
Bundesvorsitzender

## Aus den Gewerkschaften

**Starre Familienarbeitszeit macht keinen Sinn - CGM spricht sich für flexible Lösungen aus!**



Die derzeitige Diskussion über eine Familienarbeitszeit wird von der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM) mit gemischten Gefühlen betrachtet. „Die Debatte zu führen ist richtig, die Vorschläge, die dabei gemacht werden, sind jedoch größtenteils unausgegoren“, meint der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen. Sowohl der Vorschlag von Bundesfamilienministerin Schwesig, die Wochenarbeitszeit für Eltern auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich zu reduzieren, als auch der Vorschlag der IG Metall nach einer 30-Stunde-Woche für Familien seien nicht richtig durchdacht. „Selbstverständlich ist es wünschenswert, dass Eltern mehr Zeit für ihre Kinder aufbringen können“, stimmt Ewen zu, „jedoch muss der Lohnausgleich dann von denen bezahlt werden, die keine Kinder haben“. Dies führe zu einem Lagerdenken zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen, das die CGM nicht wolle. „Wir halten es für richtig, dass Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren und zu einem Zeitpunkt nach Vereinbarung anstandslos wieder erhöhen können. Ob eine Reduzierung auf 32, 30 oder weniger Stunden Sinn macht, muss in der Familie entschieden werden, das hat weder die Familienministerin zu bestimmen, noch die IG Metall“.

Die CGM halte es für wichtig, nicht über eine bestimmte Wochenarbeitszeit für Familien zu diskutieren, sondern über die grundsätzliche Möglichkeit der Flexibilisierung, sodass jede Familie selbst entscheiden kann, was für sie Sinn macht. „Wir glauben, dass der Staat den Familien nicht vorschreiben sollte, wer wann wie viel zu arbeiten hat. Er sollte jedoch einen Rahmen bieten, in dem maßgeschneiderte Lösungen möglich sind.“ Ein teilweiser Lohnausgleich könnte im Rahmen des von der Bundesregierung geplanten „Elterngeld Plus“ stattfinden, einen völligen Lohnausgleich hält die CGM dagegen für utopisch.

Die IG Metall gehe bei ihrem Vorschlag außerdem zu sehr von den Arbeitsbedingungen und den Möglichkeiten in der Industrie aus, ignoriere jedoch den Mittelstand. „Auch dort arbeiten viele Menschen und die haben nichts davon, wenn ihr Arbeitgeber durch zu viel staatliche Regulierung den Betrieb schließen muss“, gibt der CGM-Bundesvorsitzende zu bedenken. Deshalb müssten Maßnahmen diskutiert werden, die Arbeitgebern und Arbeitnehmern großen Spielraum für Flexibilisierung ermöglichen und sowohl für die Industrie als auch die mittelständischen Betriebe umsetzbar sind. „Die Diskussion über 32 oder 30 Stunden hat nichts mit Flexibilisierung zu tun, sondern mit der Einführung von neuen starren Regeln, die weder den Arbeitnehmern, noch den

Betrieben und gleich gar nicht den Familien weiterhilft“.

PM CGM vom 28 Januar 2014

\* \* \* \*

**Warnstreik bei der FraSec Flagge zeigen - Wenn es um faire Löhne geht!**



Die Gewerkschaft GÖD ruft die Beschäftigten der privaten Luftsicherheit am Frankfurter Flughafen für morgen, Freitag, den 21.02.2014, zu einem Warnstreik auf. Betroffen sind die Bereiche Personenkontrolle, Frachtkontrolle, Flughafensicherheit und Services am Frankfurter Flughafen. Der Warnstreik beginnt um 2.00 Uhr nachts und endet um 23.00 Uhr.

Wenn es um faire Löhne in der privaten Luftsicherheit geht, dann sind alle Beschäftigten gefordert dafür zu kämpfen und Gewerkschaften lassen sich hier nicht auseinanderbringen, so der GÖD Regionalgeschäftsführer und örtliche Streikleiter Nico Caló.

**Deshalb:** 16,00 Euro Stundenlohn für die Beschäftigten im Bereich des Luftsicherheitsgesetzes sind nicht zu viel! Und eine Anpassung für die anderen auch nicht!

**Denn:** Sicherheit hat ihren Preis!

Und diesen haben die Kolleginnen und Kollegen verdient, damit wir alle sicher in ein Flugzeug einsteigen können und einen guten Flug haben!

PM GÖD vom 21 Februar 2014

\* \* \* \*

**DRK Thüringen: DHV übergibt Protestresolution an Dr. Hartmut Reiter, Mitglied des Landesvorstands des Deutschen Roten Kreuzes Thüringen.**



Am 04. Februar 2014 übergaben in Erfurt eine Delegation aus etwa 30 Mitgliedern der Gewerkschaft DHV eine Protestresolution an Dr. Hartmut Reiter, Mitglied des Landesvorstandes und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Roten Kreuzes Thüringen.

Ziel der Aktion war es, wieder Bewegung in die festgefahrenen Tarifverhandlungen zu bringen. Das letzte Angebot der Arbeitgeber wurde im Dezember 2013 von der Tarifkommission als noch nicht ausreichend abgelehnt.

In Zeiten von Fachkräftemangel, hochbelasteten Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen und der weit verbreiteten Abwanderung, sowie unter Berücksichtigung der allgemeinen Tarifabschlüsse, ist das

bisherige Angebot noch nicht ausreichend. Die Beschäftigten im DRK Thüringen leisten stets zuverlässig, gewissenhaft und verantwortungsvoll ihren Dienst am Menschen und fordern dafür berechtigterweise auch eine angemessene Tarifierhöhung!



**Protestaktion vor dem Eingang des DRK in Erfurt**

Bei der aus ganz Thüringen angereisten Delegation handelte es sich um Beschäftigte und Betriebsräte aus mehreren DRK Kreisverbänden. Diese wollten damit auch noch einmal deutlich machen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DRK Thüringen hinter den berechtigten Forderungen ihrer Gewerkschaft DHV stehen.

Wir erwarten im Anschluss der Protestaktion die Vereinbarung eines neuen Verhandlungstermins und die Nachbesserung des bisherigen Angebotes der Arbeitgeberseite.

**PM DHV vom 05 Februar 2014**

\* \* \* \*



Die gesammelten Bände des „Christlichen Metallarbeiters“ aus den Jahren 1926 bis 1932 übergab Karl Schiewerling MdB an den Bundesvorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Matthäus Strebl MdB. Die Bände stammen aus dem Nachlass von Richard Schiewerling dem Vater des Bundestagsabgeordneten. Er war zu diesem Zeitpunkt, bis zur Auflösung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten, Gewerkschaftssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Dortmund und Frankfurt.

Vor die Wahl gestellt der Deutschen Arbeitsfront (DAF) der Nationalsozialisten beizutreten oder arbeitslos zu werden, hat er sich für das Letztere entschieden. 1940 wurde er Arbeitersekretär der Katholischen Arbeiterbewegung im Bezirk Essen, die nicht aufgelöst, wohl aber unter starker Beobachtung



v.l.n.r.: C. Hertzog, K. Schiewerling, M. Strebl, A. Kiesow

stand. Später wurde sein Widerstand gegen das NS-Regime gewürdigt. Richard Schiewerling blieb bis zu seiner Pensionierung Arbeitersekretär der Katholischen Arbeiterbewegung in Essen.

**Information CGB im Februar 2014**

\* \* \* \*

**Henning Röders vom DHV Aufsichtsrat zum neuen DHV-Bundesvorsitzenden bestellt.**



Bedingt durch das Ausscheiden des bisherigen Bundesvorsitzenden Gunter Smits aus der DHV hat der DHV - Aufsichtsrat auf seiner Sitzung am 23.01.2014 die personalpolitischen Weichenstellungen im DHV-Hauptvorstand bis zum Bundesgewerkschaftstag der Berufsgewerkschaft DHV vom 07.-09.11.2014 in Offenburg vorgenommen.

Neuer DHV- Bundesvorsitzender ist Henning Röders. Henning Röders ist seit Dezember 2000 Hauptgeschäftsführer der DHV und war von Januar 2011 bis Ende 2013 stellvertretender DHV - Bundesvorsitzender. In seiner Verantwortung liegt die Tarifarbeit für die Bereiche Ersatzkassen, Banken und Versicherungen. Als Verhandlungsführer war Henning Röders 2008 verantwortlich für den Tarifabschluss mit den Volks- und Raiffeisenbanken, der bundesweit Beachtung fand. Seit Oktober 2013 ist Henning Röders stellvertretender Bundesvorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB).



Henning Röders

Neue stellvertretende Bundesvorsitzende ist Anne Kiesow. Anne Kiesow arbeitet seit 2005 für den CGB.



Seit 2011 ist sie die Bundesgeschäftsführerin des gewerkschaftlichen Dachverbandes, der politisches Sprachrohr von über 300.000 in der christlichen Gewerkschaftsbewegung organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Anne Kiesow gehört dem DHV-Hauptvorstand seit 2007 an. Sie ist vor allem verantwortlich für die Begleitung der Öffentlichkeitsarbeit der DHV und hatte im Herbst 2013 die neue Internetseite der DHV an den Start gebracht.

Neu im DHV-Hauptvorstand ist Michael Scholz. Michael Scholz ist seit 2011 Geschäftsführer des DHV-Landesverbandes Mitteldeutschland (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Die Tarifarbeit im Bereich des Gesundheitswesens ist ein Schwerpunkt seiner Arbeit. Mit dieser personellen Neuaufstellung geht die DHV mit großer Zuversicht in das Jahr 2014.



Michael Scholz

PM DHV im Januar 2014

\* \* \* \*

### Vertreter der Kraftfahrergewerkschaft KFG beim 52. Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar.



Vom Mittwoch, den 29. bis Freitag, den 31. Januar fand in der ehemaligen Kaiserstadt Goslar im Harz der 52. Deutsche Verkehrsgerichtstag statt. Mehr als 1.800 Interessierte haben sich an den Diskussionen aktueller verkehrsrechtlicher Probleme beteiligt. Die Kraftfahrergewerkschaft (KFG) im CGB ist mit dem Bundesvorsitzenden Willy Schnieders sowie den Stellvertretern Reinhard Assmann und Franz Xaver Winklhofer, der auch in seiner Funktion als Pressesprecher dabei war, zum ersten Mal der Einladung gefolgt.

Nach der Eröffnung des Verkehrsgerichtstags durch den Präsidenten Generalbundesanwalt a. D. Kay Nehm und den Grußworten des Oberbürgermeisters der Stadt Goslar, Dr. Oliver Junk, und der Niedersächsischen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz in der „Kaiserpfalz“ haben hochkarätige Experten aus der Justiz und den Verkehrsministerien, Staats- und Rechtsanwälte, Verkehrspsychologen und Fachärzte sowie Vertreter der Polizei und auch aus den zahlreichen Verbänden in 8 Arbeitskreisen Empfehlungen an den Gesetzgeber diskutiert und erarbeitet. Auch die KFG hat sich hier zu Wort gemeldet.

Schwerpunkte beim 52. Deutschen Verkehrsgerichtstag waren die grenzüberschreitende Vollstreckung von Sanktionen in der EU, das Problemfeld Schmerzensgeld, ob die gesetzliche Unfallversicherung Fluch oder Segen ist, wie es mit der Sachmängelhaftung

und Garantie beim Autokauf steht, die Facheignung und MPU (im Volksmund Idiotentest) für Verkehrsteilnehmer, wem die Fahrzeugdaten gehören und die Einhaltung von Sicherheits- und Umweltvorschriften auf See.

Für die Vertreter der Kraftfahrergewerkschaft (KFG) war die Teilnahme am Deutschen Verkehrsgerichtstag, am Arbeitskreis I, wo die Folgen einer Grenzüberschreitenden Vollstreckung von Verkehrsdelikten diskutiert wurden und am Arbeitskreis V, in dem über die künftigen Eignungskriterien der Kraftfahrer, insbesondere auch der Berufskraftfahrer beraten wurde, besonders wichtig.



v.l.n.r.: Reinhard Assmann, Franz Xaver Winklhofer, Willy Schnieders

Der Bundesvorsitzende der KFG Willy Schnieders und sein Stellvertreter Reinhard Assmann legten Wert darauf, dass die Bus- und LKW-Fahrer nicht ungegerechtfertigt von den Behörden aus dem Ausland bei Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung verurteilt und über Gebühr bestraft werden können.

Bei der Diskussion im Arbeitskreis V war es dem stellv. Bundesvorsitzenden Franz Xaver Winklhofer ein besonderes Anliegen, dass bei der angedachten Erneuerung der Kriterien für die Überprüfung der Fahreignenschaft und der MPU künftig auch Rechtsmittel geben soll, denn besonders bei den Berufskraftfahrern ist der Verlust des Führerscheins auch gleichzeitig mit der Kündigung durch den Arbeitgeber verbunden.

PM KFG im Januar 2014

### Impressum

**Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 \* 10963 Berlin**

**Telefon:** 030/21 02 17-30

**Fax:** 030/21 02 17-40

**E-Mail:** [cgb.bund@cgb.info](mailto:cgb.bund@cgb.info)

**Internet:** [www.cgb.info](http://www.cgb.info)

**V.i.S.d.P:** Christian Hertzog, Anne Kiesow

**Redaktion:** Anne Kiesow, Christian Hertzog

**Layout:** Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.